

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1901

196 (29.8.1901) 2. Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe im Haus gebracht vierteljährlich 2 M. 60 Pfg. (monatlich 55 Pfg.), wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt, durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.

Badischer Beobachter.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaus an.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Redaktion und Expedition:
Königsplatz Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 196. 2. Blatt.

Donnerstag, den 29. August

1901.

Zur Tagesgeschichte.

* Karlsruhe, 28. August.

Deutsche und ausländische Zölle.

Die vorgeschlagenen Zollerhöhungen für Vieh und Fleisch werden von den Freihändlern nicht minder erregt belächelt, als die Einfuhrzölle für Getreide. Dem ist gegenüber zu halten, daß nach alter und sehr vielfältiger Erfahrung gerade die Zölle für Vieh und Fleisch keinen oder nur ganz geringen Einfluß ausüben auf die Preise des Fleisches, das für den Haushalt eingetauscht wird. Diese Preise richten sich mehr nach örtlichen und heimischen Verhältnissen; es fehlt hier der Weltmarkt, der bei dem Getreide und bei seiner Preisbildung einen mitunter starken Einfluß ausübt. Auch ist die heimische Viehzucht leichter dem Volksbedürfnisse anzupassen; und tatsächlich hält die deutsche Vieherzeugung gleichen Schritt mit der Zunahme der deutschen Bevölkerung. Mit Rechtigkeit kann das deutsche Volk durch die heimische Vieherzeugung mit dem notwendigen Fleische versorgt werden.

Schon deswegen ist es überflüssig und gleichgültig auch unpatriotisch, gegen die notwendige Erhöhung der Einfuhrzölle für Vieh und Fleisch mit dem Jorne der Vereinigten Staaten von Amerika zu drohen. Es kann uns vollkommen gleichgültig sein, ob den Amerikanern unsere Zölle gefallen oder nicht; der erneute Abschluß eines Handelsvertrages wird dadurch nicht im Geringsten gefährdet. Wenn man aber die Thorheit dieses Beginns ganz und gar verstehen will, dann muß man sich einmal den nordamerikanischen Zolltarif für Vieh und Fleisch und dergleichen ansehen. Nach dem deutschen Regierungsentwurfe sollen Schlachtochsen mit einem Zolle von 15 v. H. des Wertes belegt werden; die Amerikaner erheben einen Zoll von 27 1/2 v. H. des Wertes, ebenso für Kühe und Bullen, die nach dem deutschen Regierungsentwurfe nur einen Zoll von 8 v. H. zahlen sollen. Die Amerikaner haben für Eier einen Zoll von 40 M. für den Doppelcentner eingeführt, der deutsche Entwurf beträgt 6 M. Die Amerikaner nehmen für Butter einen Zoll von 55 M. für den Doppelcentner; bei uns ist ein Butterzoll von nur 30 M. vorgeschlagen. Schinken und Speck haben die Amerikaner mit einem Zoll belegt, der um ein Drittel höher als der neue deutsche Vorschlag ist; Kühe aber muß beim Eingange nach den Vereinigten Staaten 55 M. Zoll für den Doppelcentner zahlen, während die deutsche Regierung 30 M. vorschlägt, und so geht es fort. Die Amerikaner erheben schon jetzt viel höhere Zölle, als bei uns vorgeschlagen ist; und nun sollen gerade die Vereinigten Staaten sein, die uns großen werden, weil wir in sehr verfeinertem Maße das nachahmen wollen, was sie selbst uns vorgemacht haben. Der Widerspruch, der in solchen Behauptungen enthalten ist, liegt klar auf der Hand. Es ist nicht nötig, noch weitere Worte darüber zu verlieren. Die Zahlen sprechen sehr deutlich und sehr überzeugend für sich selbst.

Prinz Tschun

wird in dem Prachtbau der Orangerie bei Potsdam Wohnung beziehen, auf dem schönsten Flecken Erde in der schönen Umgebung von Potsdam. Diese Wohnung an sich bedeutet einen ehrenvollen Empfang, wie er natürlich dem chinesischen Prinzen zu Teil werden muß, obwohl er als Giner kommt, der Verzeigung vom deutschen Kaiser erbitten soll. Demgemäß muß auch der Empfang beim Kaiser ausfallen; nur sind die Zeitungen aller Parteien darüber einer Ansicht, daß in den Ehrungen, die dem Prinzen Tschun erwiesen werden, vorzüglich Maß gehalten werden müsse. Sonst würde die Meise eines Trümpfzuges gleichen und keine Ehre.

K. Was bedeuten unsere Kunstausstellungen?

(Nachdruck verboten.)

Es ist ein bekanntes Schlagwort, daß die Welt ausstellungen sind. Und zwar bezieht sich das auf die sogenannten Weltausstellungen in erster Linie. Dann aber auch auf die Gewerbeausstellungen größeren Stils. Die World Fair in Chicago hat schon deutsche Geister eines Mitleides erregt. Die große Berliner Gewerbeausstellung endete mit einer über jeden Zweifel erhabenen Meise, und die letzte Pariser Weltausstellung hatte für die Beteiligten eine Ende mit Schreden.

Die Zukunft scheint den Fachausstellungen zu gehören. Die Berliner Feuerwerksausstellung hat sich leidlich angehalten; für die große Düsseldorf-Ausstellung der rheinisch-westfälischen Industrie kein dürfte, stehen die Aspekte ebenfalls nicht schlecht.

Was hat man nun von der Zukunft der Kunstausstellungen zu halten? Wenn man nach dem Geschehen der letzten Großen Berliner Kunstausstellungen das Horstoy stellen sollte, müßte man ihr eine keineswegs glänzende Zukunft in Aussicht stellen. Das Interesse an diesen Veranstaltungen ist beim großen Publikum mehr und mehr zurückgegangen. Sie erinnern uns an die Zeit vor zehn oder zwölf Jahren zahlreicher Tage, an denen nicht nur der Ausstellungspark am Lehrter Bahnhof, sondern auch die Räume des Glaspalastes von einer nach Tausenden zählenden Menge besetzt waren. Jüngern von 25 000—30 000 Besuchern trafen an manchen Sonntagen wieder. Das Dreieck der Vier fuß im nassen Dreieck in Strömen und mancher der alten Keller, die treu bei der „Kunst“ bis auf den heutigen Tag ausgehalten haben, gedient mit Behntheit empfindlicher Pracht. Wenn man heute an einem Montage, dem sogenannten Gülteloge, frühzeitig die Ausstellung besucht, kann es wohl vorkommen, daß man stundenlang in ungeführter Einsamkeit die Säle durchwandert, ohne daß man einem leblichen Menschen begegnet, die Ausstellungsdienere und Katalog-Verkaufserinnen ausgenommen.

gehandelt sein. In einer Mitteilung der „Berliner Neuesten Nachrichten“, die augenscheinlich auf amtliche Quellen zurückzuführen ist, wird in diesem Sinne auch gesagt, daß „dem chinesischen Gesandten vom Kaiser kein Zweifel über den Ernst seiner Mission gelassen werden solle.“ Prinz Tschun's Anwesenheit in Potsdam ist nun in Folge seiner Erkrankung unbestimmt geworden; man rechnet aber nur mit einem Aufbruch von wenigen Tagen. Die Erkrankung des Prinzen ist auf die ungewohnten Anstrengungen der langen Eisenbahnfahrt zurückzuführen.

Vermittlung im Burenkrieg.

Belgische Zeitungen behandeln neuerdings die Verhandlungen in Südafrika wieder einmal in dem Sinne, als stände jetzt eine Einmischung des Jaren in dem Sinne einer friedlichen Vermittlung sicher bevor. Das würde ohne Zweifel sehr zu begrüßen sein. Leider aber liegen gar keine Anzeichen vor dafür, daß die Auffassung der belgischen Zeitungen begründet wäre. Man wird nach wie vor bedauern müssen, daß es nicht ist mit dieser schönen und wünschenswerten Friedensvermittlung.

* Die Stellung des Centrums zu den Getreidezöllen

wird in folgenden Zeilen, die sich in einer Polemik mit dem Hauptorgan des „Bundes der Landwirte“ ergeben haben, in ungewohnter Weise präzisiert: „Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt uns darauf aufmerksam machen zu müssen, daß der Mindestzoll von 7 1/2 Mark für Getreide nicht bloß von den freien Wündern, sondern auch von den christlichen Bauernvereinen des Westens gefordert und von dem Centrumsabgeordneten Herold am besten begründet worden sei. Auch sei es ein Anhänger der Centrumpartei gewesen, der im ständigen Ausschusse des deutschen Landwirtschaftsrates den Versuch gemacht habe, die Stimmen auf einen Mindestzoll für Getreide zu vereinigen, der über 6 Mark hinausging.“

Bis auf den letztgenannten Umstand war uns das sehr wohl bekannt. Da alle Mitglieder der christlichen Bauernvereine so unbedingt auf der Forderung eines Mindestzolls von 7 1/2 Mark bestehen oder nicht mander von ihnen sie in erster Linie aus dem tatsächlichen Gesichtspunkte vertreten, sich damit wenigstens gegen alle niedrige Zollsätze zu sichern, wollen wir dahingehend sein lassen. Das treibende Element bei dieser Forderung sind jedenfalls die Führer des Bundes der Landwirte. Wenn wir unsere Bedenken gegen diese Forderung erheben, so heißt es natürlich gleich, man sei ein Feind der Landwirtschaft. Es kann uns aber selbst der Umstand nicht irre machen, daß auch Angehörige der Centrumpartei sie vertreten, denn wir sind überzeugt, auf diese Weise gerade im Interesse der Landwirtschaft zu handeln.

Es muß nach Allem, was man von der Stellung der Parteien und der Regierung weiß, als ausgeschlossen betrachtet werden, daß ein Zolltarif mit Getreidezöllen von 7,50 Mark im Mindesttarif und 11,25 Mark im autonomen Tarif jemals Gesetz wird. Man sehe sich doch einmal die Haltung der konservativen Presse an. Gleich nach der Veröffentlichung des Tarifentwurfes erklärte die „Kreuzzeitung“, er treffe im Großen und Ganzen das Richtige. Mit keinem Worte ist das Blatt bis jetzt für die Sätze des Landwirtschaftsrates oder des Bundes der Landwirte eingetreten. Soll es denn gar nichts zu bedeuten haben? Man erinnere sich ferner daran, was im vorigen Winter Graf Skintovskij über die bereits erfolgte Verständigung zwischen den Konservativen und der Regierung sagte. Ein ungewöhnliches Dementi der Zeitungsmeinungen über seine Versicherungen hat er nicht gegeben. Die im Zusammenhang damit genannten Zoll-

sätze stimmen ziemlich überein mit den vorgeschlagenen. Wir weisen ferner darauf hin, daß die Vertreter des Bundes der Landwirte bisher im Reichstage gar nicht durchzusetzen vermochten, sondern wenn es nach großem Mühen zur Entscheidung kam, allein blieben. Man denke nun an das Fleischchaufage. Wie weit reicht das hinter den Forderungen des Herrn v. Wangenheim, Gahn und Genossen zurück und dabei geht es schon weiter, als man vielfach erwartet hatte. Bei anderen Gelegenheiten sind die Wünder in ähnlicher Weise mit ihren Wünschen und Anträgen sitzen geblieben.

Kann nun Jemand im Ernste glauben, es werde im nächsten Winter anders sein; der Bund werde da über die Mehrheit „verfügen“? Wer durch die Wünder etwas erzwingen zu können glaubt, irrt sich. Die große Mehrheit besteht aus Freunden der Landwirtschaft, allein sie ist auch einsichtig und gewissenhaft genug, um sich zu sagen, daß immer das Wohl der Gesamtheit ausschlaggebend sein muß und man nicht den einen Erwerbszweig auf Kosten des anderen unüberhältnismäßig begünstigen darf. Es ist die Klage, daß das bei den Handelsverträgen geschehen sei. Nun, was da von der Landwirtschaft gefehlt worden ist, das soll jetzt wieder gut gemacht werden, aber man will jetzt nicht in den entgegengekehrten Fehler verfallen, die Industrie um der Landwirtschaft willen in ernste Gefahr zu bringen. Wie wenig die Regierung, und insbesondere auch der Kaiser willens ist, diese Gefahr herbeiführen zu lassen, das weiß doch alle Welt auch ohne daß die Freihändler immer die Person des Kaisers auspielen und ohne daß die Landwirtschaftsbespreze ihre Ungutwilligkeit über die Passivität des Grafen Witlow äußert.

Muß es somit als feststehend betrachtet werden, daß die weitgehenden Forderungen keine Aussicht haben und durch die „Gesetze“ zu verwirklichen sind, so müssen wir es auch für verfehlt halten, sie zu verfechten. Wir wollen keine Hoffnungen erregen oder füttern helfen, von denen wir uns sagen müssen, daß sie nicht in Erfüllung gehen werden. Wir sehen sogar die Schädigung der landwirtschaftlichen Interessen an, wie wir schon sagten. Denn aus diesen Forderungen saugt die zollensindige Agitation willkommene Nahrung und das ohne Wirkung bleibt diese Agitation doch nicht. Gegen gemäßigtere Forderungen würde sich längst nicht so viel Widerstand erheben lassen. Ob die Wünder sich eine empfindliche Niederlage holen, kann uns ja schließlich gleichgültig sein, aber nicht gleichgültig ist uns das Wohl der Landwirtschaft, der wir so hohe Zölle sichern möchten, wie erreichbar und mit dem Interesse der Gesamtheit nur irgend vereinbar ist.

§ Zur 19. Vollversammlung des württembergischen katholischen Volksschullehrervereins.

Eine solche weittragende Bedeutung hatte noch keine Generalversammlung des württembergischen katholischen Volksschullehrervereins, wie die am 7. und 8. August zu Ravensburg. Was schon längst in eingeweihten Kreisen bekannt war, wurde nun offiziell bestätigt, trat ein. Die bisherige geistliche Schulaufsicht soll der Fachaufsicht weichen und damit ein weiterer gewaltiger Schritt gemacht werden in der Forderung des Volksschullehrerstandes. In Württemberg besteht bei beiden christlichen Konfessionen geistliche Schulaufsicht. Die Volksschullehrer sind bei derselben nicht schlicht gefahren. Die Fachschriften und Vereinszeitungen arbeiten aber schon Jahre lang offen und verdeckt auf Einführung der Aufsicht durch Fachmänner hin. Der württembergische evan-

gelische Volksschullehrerverein hat es schon längst offen ausgesprochen, daß der Pfarrer aus der Schule hinaus müsse. — Die katholischen Volksschullehrer blieben bis zum Ravensburger Tage ihren geistlichen Schulaufsichtoren treu. Im Organ derselben, dem „Vereinsboten“, einem gut und maßvoll geleiteten Blatte, tauchten sie und da Gegenströmungen auf, wogegen das „Lehrerheim“, das Organ der evangelischen Volksschullehrer, unumwunden und nicht bloß einmal die geistliche Schulaufsicht weg-bekämpfte. Die Regierung in ihren beiden Oberbehörden: dem Evangelischen Konfessionrat und dem katholischen Kirchenrat, ließ sich auf diese Forderung bis jetzt nicht ein; das Konfessionrat fügte sich in dieser Frage auf den Kirchenrat und wies darauf hin, daß die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht ein einseitiges Verlangen sei, denn die katholischen Volksschullehrer seien mit der Schulaufsicht durch die Pfarrer zufrieden. Der Ravensburger Beschluß wird der Frage einen anderen Stempel aufdrücken und über kurz oder lang dürfte die geistliche Schulaufsicht fallen, wenn nicht Regierung und die konservative Partei mit dem Centrum, das für Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht programmäßig sein muß, gehen. In letzter Stunde könnte, wenn in der Abgeordnetenversammlung der Württemberg der Volksschullehrer erfüllt wird, die Kammer der Landesherren die Rechnung durchstreichen. Die beiden Lehrervereine, der katholische und der evangelische, gehen in dieser Frage so sehr arm in Arm, daß der katholische Lehrerverein zu seiner geschlossenen Hauptversammlung den Vorstand des Evangelischen Volksschullehrervereins als Gast zuließ. Alle übrigen Teilnehmer — nota bene Mitglieder des beratenden Vereins — mußten sich durch Vorzeigen der Mitgliedskarte legitimieren. Dieses Zugehen eines evangelischen Lehrers in eine geschlossene katholische Versammlung erscheint unbedenklich und kann vielleicht dadurch erklärt werden, daß die Freunde der Fachaufsicht in dem evangelischen Vertreter derselben ihre ganz besondere Freude hatten. Es jubeln auch die freijünglichen Tagesblätter über den Fall. Die Tagesblätter über die Schulaufsicht, welche fast einstimmig angenommen wurden, haben folgenden Wortlaut: „1. Die katholischen Lehrer wünschen, daß unter Beibehaltung der konfessionellen Schule die drückende Schulaufsicht nicht auf die schulpflichtigen Schüler (nach dem „Vereinsboten“) „weltliche Wissenschaftler“ erstreckt soll. 2. Die Bezirksaufsicht im Hauptamt soll eingeführt und dem Lehrerstand das Vorkommen in die höheren Schulklassen ermöglicht werden.“ Diese Tagesblätter den gleichen Faden wie die der evangelischen Lehrer Württembergs. Auf der Versammlung der katholischen Lehrer zu Ravensburg hat der Vorstand des liberalen evangelischen Volksschullehrervereins Homold, wie das „Deutsche Volksblatt“ ganz richtig bemerkt, das erste und das letzte Wort gehabt; formell war das wohl nicht der Fall, materiell jedenfalls. Auf dieser Versammlung wurden die Vereinsstatuten neu redigiert und es darf für weitere Kreise von Interesse sein, den ersten Paragraphen derselben kennen zu lernen. Derselbe lautet: „Zweck des Vereins sind: 1. Die gemeinsame Sorge für die idealen und materiellen Interessen des Lehrstandes, insbesondere Einigkeit in der Vertretung wichtiger Standesangelegenheiten; 2. Förderung des Volksschulunterrichts und Erziehungswesens überhaupt; 3. Pflege der Kollegialität und Geselligkeit.“ Das „Magazin für Pädagogik“ führt an, daß dem Wunsche eines Lehrers, vor die Worte „Volksschulunterricht“ „katholisch“ zu setzen, nicht entsprochen wurde, weil das selbstverständlich sei. Die Schulgesetzgebung Württembergs, welche einer gründlichen Revision bedürftig ist und in nächster Zukunft den Landtag beschäftigen wird — das Hauptgesetz dafür aus dem Jahre 1836 und ist für die

Theater Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 28. August.

K. Professor Franz Stud-München. Derselbe weiteren Kreisen bekannt, nicht nur durch seine führende Stellung in der Secession, sondern auch durch seinen Streit mit der Ausschüßungskommission des Reichstages wegen seines Deduzierens. „Die Jagd nach dem Glücke“, hat in der letzten Zeit ziemlich wenig von sich hören lassen. In der Berliner Secessionsausstellung ist er mit einem Porträt vertreten, eine Dame in halber Hüdenansicht, das auch seinen begeisterten Verehrern kaum Enthusiasmus entlocken wird. Die großen Vorbürde scheint Stud seit der „Vertreibung aus dem Paradiese“ ganz fallen gelassen zu haben; wenigstens bekommt man auf den Berliner Ausstellungen nichts dergleichen mehr von ihm zu sehen. Neuerdings sehen wir bei Schulte von Stud wieder zwei „Kämpfende Faune“ — ein Thema, das uns nicht ganz neu vorkommt. Eben deshalb wären darüber einige Worte zu sagen. Es wird schon manchem Kain aufgefallen sein, daß in den letzten Jahrzehnten das ganze mythologische Gesindel aus dem klassischen Heidentum wieder aufgefunden ist und die Wände der Museen und Kunstausstellungen unsicher machen. Auch in Zeitschriften, wie in dem wieder erschienenen „Pan“, in der „Jugend“ und im „Simplicissimus“ treiben sich diese Faune, Centauren und Meerweiber herum. Was soll nun damit gesagt sein? Schöne Motive sind diese Fabelgestalten auf keinen Fall. Also muß wohl ein anderer Grund für ihre Beliebtheit vorliegen, vielleicht sogar deren mehrere. Zunächst fällt es den modernen Künstlern immer schwerer, in einer Zeit, wo es nun einmal zur Gewohnheit geworden ist, daß man in belächelten Zustände seine Szenerie durch Wald und Fuir macht, die beliebte Nacktheit ihrer Figuren zu motivieren. Da greift man denn zurück auf jene angeblich nativen Zeiten, wo in göttlicher Angenheit jene Fabelwesen der bedürftigsten Kulturwelt die Natur beobachteten. Aber wieder die Künstler, noch die Beschauer ihrer Werke sind heute noch so naiv, wie es vorgebildet die alten Griechen waren. Und so fällt uns diese Vorliebe für Faune und Satyre

nicht schon durch Privatansstellungen in den Ateliers der Künstler oder in einem der immer zahlreicher werdenden Kunstsalons, den kunstverständigen Kreisen bekannt geworden wäre. Schule, Keller und Meiner, Raffirer, der Verein Berliner Künstler wechseln mindestens allmonatlich ihr Repertoire, von den kleineren, aber ebenfalls recht guten Kunstsalons nicht zu reden. Nehmen man für die fünf großen Salons monatlich nur dreißig neue Werke, so macht das 150 Werke insgesamt und 1800 im Jahre. Die „Grosze“ zählt heuer 2500 Nummern. Was kann da viel Neues dabei sein?

Freiher galt der Großen Kunstausstellung die Regel, daß nur solche Werke ausgestellt werden durften, die nicht schon vorher in der Öffentlichkeit bekannt geworden waren. Außerdem sollte ein Künstler nicht mehr als drei seiner Werke ausstellen dürfen.

Seitdem die Konkurrenz der „Secession“ sich so unliebsam bemerkbar gemacht hat, ist die Aufnahmekommission immer laxer in der Handhabung dieser Regeln geworden, die augenscheinlich von der wohlmeinenden Absicht diktiert waren, die Qualität der ausgestellten Werke zu erhöhen. In den letzten Jahren ist man mehr zu der Praxis der „Kollektionen“ oder „Sonderausstellungen“ übergegangen. Bei Künstlern ersten Ranges, insbesondere dann, wenn es sich um einen Akt der Pietät gegen verstorbenen Künstler handelt, kann man diese Praxis lassen. Wenn die Sache aber soweit ausartet, wie in diesem Jahre, wo einzelne Künstler mit 50, 60, 80 ja hundert Nummern vertreten sind, muß man sich schließlich der Ansicht zuneigen, daß man in Verlegenheit gerät, die Wände zu bedecken. Darum sehen wir denn Bilder und Bildwerke, die wir zu zwei Dritteln schon anderswo kennen gelernt haben. Ferner machen die Massenkollektionen den Eindruck unregelmäßiger Fülligkeit im Schaffen, selbst wenn das eine oder andere recht bedeutende Werk dabei ist; die letzteren werden eben von der Masse erdrückt.

Somit haben wir denn in den üblichen großen Ausstellungen nichts als „Kunstmärkte“ vor uns; die ideale Bedeutung aber schwindet dahin.

Ferner kommt hierbei in Betracht, daß auf dem Kunstmarkt kaum mehr ein bedeutendes Werk erscheint, welches

